

Michael Müller

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher
Mitglied des Haupt- und Finanzausschusses



19. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 14. Dezember 2017

Tagesordnungspunkt 7: Einbringung des Etats 2018. Erste Stellungnahmen der Fraktionen und fraktionslosen Stadtverordneten

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Ulrich Baier:

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Müller von der LINKE.-Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Michael Müller, LINKE.:

Herr Vorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch für uns war es wichtig, dass wird die Haushaltsdebatte mit dem Wachstumsbegriff beginnen. Die Stadt wächst. In zehn Jahren sind 100.000 Menschen nach Frankfurt am Main gezogen und es wird weiteren Zuzug geben. Damit müssen wir politisch umgehen und alles daran setzen, dass die soziale Balance in dieser Stadt erhalten bleibt. Wachstum darf kein Grund für Ausgrenzung, Verdrängung und Wettbewerb sein. Wachstum darf nicht dazu führen, dass es in Frankfurt einen Kampf um die billigste Wohnung, den letzten Kita-Platz oder um die beste Schule für mein Kind gibt.

Reden wir aber hier über den Bereich des Sozialen. Dass es eine Zunahme im Bereich des Sozialen gab, wurde schon von Herrn Kämmerer Becker gesagt. Mancher stellt die Effizienzfrage, andere sagen, vielleicht ist dieser Etatposten aufgebläht. Die Wirklichkeit sieht doch aber anders aus. Das Ausgabenwachstum im Bereich Soziales ist eben nicht primär politisch motiviert, sondern es sind sozialstrukturelle Faktoren, die das begünstigen. Oder anders gesprochen, es ist eben Ausdruck der sozialen Realität in dieser Stadt, die sich aber viel zu selten in der heutigen Debatte widerspiegelt.

(Beifall)

Wie sieht es denn aus? Die Zahl der Niedriglohnempfänger steigt kontinuierlich, auch jenseits geschöner Arbeitslosenstatistiken. Sie brauchen nur einen Blick in den Sozialbericht oder in das

Statistische Jahrbuch werfen. Da steht auch, dass die Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften immer weiter zunimmt. Altersarmut wird ein immer größeres Problem in unserer Stadt. Deshalb sind wir als LINKE der Meinung, dass sich gerade in Frankfurt am Main, einer so großen Metropole, die Schattenseiten dieser neoliberalen Wirtschaftspolitik zeigen. Eine Ordnung, die eben nicht nur Gewinner kennt, sondern viel zu viel Verlierer, meine Damen und Herren. Der private Reichtum steigt, die Armut nimmt aber auch zu. Das müssen wir als politische Akteure zur Kenntnis nehmen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen.

Heute wurde eine Studie von Thomas Piketty veröffentlicht, die klar macht, dass die Schere zwischen Arm und Reich deutlich auseinandergeht. Es wurde festgestellt, dass Deutschland sozial so ungerecht ist, wie zuletzt vor hundert Jahren. Das ist ein Armutszeugnis für die Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wenn Arm und Reich immer schneller und weiter auseinandergehen, dann ist das ein großes Problem. Das Sozialstaatsprinzip wird damit unterhöhlt, es öffnet sich plötzlich ein Vakuum, das von Rechtspopulisten viel zu leicht gefüllt wird. Deshalb müssen wir alles daran setzen, dass sich der Abstand zwischen oben und unten verringert. Es ist doch auch so, Herr Becker hat es in seiner Rede gesagt, dass die Abstiegssorgen immer weiter um sich greifen. Der Anspruch, dass es meinem Kind einmal besser geht als mir, der galt früher. Aber viel zu viele Menschen haben heute nicht mehr die Gewissheit, dass es meinem Kind besser gehen wird. Das liegt auch daran, weil wir eine starke Ökonomisierung weiter Bereiche des Lebens erleben, wo es immer heißt, mehr Markt und weniger Staat. Insgesamt wird soziale Ungleichheit zu einer permanenten Herausforderung für uns alle. Sie ist es aber besonders für die Stadt Frankfurt und die handelnden politischen Akteure. Sie ist es besonders für die Regierungskoalition. Deshalb sind wir der Meinung, dass Haushaltspolitik immer und zuvorderst Sozialpolitik ist. Deshalb fordern wir Sie heute auf, machen Sie endlich den Kampf gegen die wachsende soziale Spaltung zu Ihrem Kampf, liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungskoalition.

(Beifall)

Uns haben die Vorschläge des Kämmerers in keiner Weise überzeugt. Herr Becker, Sie sprachen in dem Interview in der FAZ davon, dass die Stadt eventuell vor einem Wendepunkt steht. Sie sind in Ihrer Rede nicht auf den Begriff des Wendepunkts eingegangen. Für wen ist es denn ein Wendepunkt, wenn wir nicht gegensteuern? Für die alleinerziehende Mutter, die keine Wohnung findet? Für die immer größere Anzahl an Menschen, die sich das Leben in dieser Stadt buchstäblich nicht mehr leisten können? Deshalb wollen wir, dass dieser künftige Haushalt eine Wende hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit wird und eben nicht zu weniger sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall)

Herr Becker, ich habe das Interview in der FAZ scheinbar sehr ausführlich gelesen. Sie haben gesagt: *„Wir müssen soziale Sicherheit für die vielen Menschen gewährleisten, die auf Transferleistungen angewiesen sind.“* Ja, das muss so bleiben. Allein fehlt mir der Glaube, dass es mit Kürzungsandrohungen und einem eventuell bevorstehenden Haushaltssicherungskonzept auch so bleibt. Da fehlt mir der Glaube. Wenn wir Ihren Anspruch ernst nehmen, dass die soziale Sicherheit erhalten bleibt, dann wird es nicht anders gehen, als wenn wir uns mit den Einnahmen beschäftigen. Aber augenscheinlich scheuen Sie die Einnahmefrage wie der Teufel das Weihwasser. Sie blenden es

aus. Dabei führt nach unserer Meinung kein Weg daran vorbei, dass Sie über die Einnahmenseite eine soziale Haushaltskonsolidierung betreiben.

(Beifall)

Alles andere führt zu sozialen Kürzungen und zu einer Aushöhlung des Anspruchs, eine soziale Stadt für alle zu sein. Deshalb sind wir der Meinung, dass der nächste Haushalt die Weichen stellen muss. Doch leider werden Sie da viel zu zaghaft bleiben. Herr Oberbürgermeister Peter Feldmann, Sie sprachen im August dieses Jahres beim Kommunalen Situationsbericht davon, ich zitiere, *„sich für einen soziales, sicheres und starkes Frankfurt“* einzusetzen. Wie wollen Sie das denn mit etwaigen Kürzungsplänen vereinbaren? Ich erwarte von Ihnen, dass Sie sich mit aller Macht für die Interessen der Menschen einsetzen, Kürzungspläne abwehren und Ihrem Anspruch gerecht bleiben, ein soziales und starkes Frankfurt zu wollen. Vielleicht können Sie sich dazu noch einmal äußern.

(Beifall)

Herr Becker meinte eben, wir müssen das Defizit klein halten, und es geht nur über die Ausgabenseite, weil wir die Einnahmenseite nicht antasten wollen. Sie gehen damit, sehr geehrter Herr Kämmerer, den leichtesten Weg zulasten der sozial Schwächeren. Machen Sie sich doch bewusst, dass die Ausgaben künftig nicht sinken, sondern vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt permanent steigen werden. Seit Jahren fällt Ihnen nichts anderes ein, als die Ausgaben zu drosseln, aber die Einnahmenseite betrachten Sie nicht einmal. Deshalb werden wir Ihnen als LINKE drei Ratschläge mit auf den Weg geben. Der erste Punkt, das wird Sie wenig überraschen, da sind wir bei Frau Busch von der SPD, die sich leider nicht durchsetzen kann in der Koalition, die Gewerbesteuerhebesätze dürfen nicht sakrosankt sein. Man muss darüber nachdenken. Herr Schmitt, ich möchte Ihnen gerne auf Ihren Ausspruch, wer die Gewerbesteuerhebesätze erhöht, handelt undankbar, maßlos und verantwortungslos, erwidern: Wissen Sie, ich bin der Meinung, maßlos handelt doch eigentlich das Unternehmen, das im großen Stil Steuerhinterziehung betreibt oder legale Steuertricks anwendet.

(Beifall)

Verantwortungslos, meine sehr geehrten Damen und Herren, handelt doch die CDU, die nämlich trotz Panama Papers und allen Aufdeckungen von investigativen Journalistinnen und Journalisten nicht an die Unternehmen herangeht und Steuerschlupflöcher radikal schließen will. Das ist doch die Wahrheit, Herr Schmitt.

(Beifall)

Warum Sie dann sagen würden, dass jemand undankbar ist. Das ist für mich keine Kategorie einer politischen Wertung. Von daher fällt mir zu Ihnen auch nichts ein.

Der Kämmerer sagt in der FAZ: *„Die Kraft der Einnahmen hält mit dem Wachstum der Stadt nicht mehr Schritt.“* Okay, deswegen ist doch die logische Folge zu versuchen, die Einnahmen zu erhöhen. Warum tun Sie das denn nicht? Die Unternehmensgewinne sprudeln. Wir erleben in Deutschland seit sieben Jahren ein kontinuierliches Wachstum des deutschen Aktienindex mit jeweils einem Plus am Jahresende. Das hat zur Folge, dass die Kapitalvermögen steigen und steigen. Deshalb wäre es

unserer Meinung nach Ausdruck einer sozialverantwortlichen Haushaltspolitik, wenn Sie versuchen, die Unternehmen stärker zur Finanzierung des Allgemeinwohls in die Pflicht zu nehmen.

(Beifall)

Aber wir haben heute festgestellt, als es um Fraport und die banale Frage ging, vielleicht im Aufsichtsrat ein bisschen Druck auszuüben, ob man nicht die drei Firmen auf Malta einmal schließt, weil sie, unserer Meinung nach, Instrument der Steuerbevorteilung darstellen, dass Sie sich auch nicht getraut und sich hinter fragwürdigen Standortargumenten versteckt haben. Das haben Sie heute in Ihrer Rede indirekt auch wieder gemacht. Wir sind aber der Meinung, wer die Investitionen der nächsten Jahre finanzieren will, kommt um eine Erhöhung der Gewerbesteuer nicht herum. Sie erkennen es jetzt nicht. Ich hoffe, Sie erkennen es in der Zukunft.

Wo ich aber auf Ihrer Seite bin, Herr Kämmerer, um jetzt auch einmal eine Brücke zu bauen - das trauen Sie den LINKEN viel zu selten zu, aber wir tun es ab und an -, ist, das Land stärker in die Pflicht nehmen. Deswegen sind wir auch nicht dagegen, dass Sie gegen den KFA klagen. Es ist nämlich richtig, dass das Land Hessen viel zu selten auf Frankfurt blickt, wenn es darum geht, wie man vielleicht diese Stadt unterstützen kann. Von daher sind wir da an Ihrer Seite. Wenn es zum Beispiel um die Frage der Sanierung der Städtischen Bühnen geht, wäre es auch ein wichtiger Punkt, nach Wiesbaden zu gehen und zu fragen, ob man hier den Finanzminister ins Boot holen kann, um sich eine Kostenteilung vorzustellen.

(Beifall)

Dritter Punkt, da werden wir wahrscheinlich wieder keine Freunde werden, Herr Becker. Es muss zu einem grundsätzlichen Bewusstseinswandel kommen, wenn Sie nicht erkennen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht, gerade in der Großstadt Frankfurt. Wenn Sie also nicht die grundlegende Frage nach einer gerechten Besteuerung stellen, wenn Sie also auch die Frage nicht in den Blick nehmen, ob man nicht eine Vermögensteuer braucht, werden die Kommunen niemals in die Lage versetzt werden können, alle ihre Aufgaben auch zu erfüllen. Denn zur Wahrheit gehört doch dazu, dass die Kommunen durch eine falsche Steuerpolitik kaputtgespart wurden. Von daher erwarte ich eigentlich auch von Ihnen, dass Sie diesen Schritt gehen und sagen, wir kommen um eine gerechte Steuerpolitik nicht umhin, die Vermögende stärker in die Pflicht nimmt, und die letztlich auch der Kommune hilft, die Aufgaben zu finanzieren.

(Beifall)

Völlig kontraproduktiv ist es unserer Meinung nach, Stellen nicht zu besetzen. Herr Dr. Rahn, ich weiß nicht, wie Sie zu der irrsinnigen Annahme kommen, dass die Menschen in der Verwaltung nicht effizient genug arbeiten. Fakt ist doch, es sind viel zu wenige, die da arbeiten, und deswegen ist es ein Trugschluss zu glauben, wenn man Stellen nicht besetzt, Stellen kürzt, würde man irgendetwas lösen. Die Leidtragenden dieser irrsinnigen Vorstellung sind doch zuvorderst die Kolleginnen und Kollegen in der Verwaltung, die mehr arbeiten, die diese nämlich ausgleichen werden. Es sind aber auch die Bürgerinnen und Bürger, die merken, dass man ihren Ansprüchen nicht mehr gerecht werden kann. Letztlich ist es aber auch die Koalition, der diese Art der Konsolidierung wieder auf die Füße fallen wird. Von daher lehnen wir es grundsätzlich ab, wenn Sie hier Stellen nicht besetzen, wir lehnen es ab, wenn Sie Stellen gar streichen, weil das der falsche Weg ist.

(Beifall)

Erlauben Sie mir noch einen Satz zu Ihnen, Frau Busch. Sie haben irgendwann einmal gesagt, wir werden nicht einfach den Rasenmäher ansetzen, sondern wir setzen Schwerpunkte. Das werden wir kritisch begleiten, wo diese Schwerpunkte des Sparens gesetzt werden. Ich erlaube mir noch ein Wort. Wie schwer fällt es Ihnen denn eigentlich, in dieser Zwangskoalition diese unsoziale Politik mitzumachen? Das verstehe ich nicht.

(Beifall)

Ein letzter Punkt noch. Wir haben nämlich auch Vorschläge gemacht, wie man sparen kann. Sie sind zuvorderst vorangeschritten, Herr Becker, mit dem Kirchenmuseum, das Sie gönnerhaft jetzt nicht machen. Das ist aber ein Museum, das sowieso keiner braucht, in einem Gebäude, das keinen Zweck hat, von daher war das gut gemeint, aber doch nicht mehr als ein Feigenblatt. Das ist das Gegenteil eines wirklichen Vorschlages, die Kosten zu senken.

(Beifall)

Viel wichtiger wäre es doch, bei der Altstadt vernünftig gehandelt zu haben. Nicht nur, dass wir eineinhalb Millionen Euro für eine Eröffnung zahlen, darüber haben wir im Haupt- und Finanzausschuss schon gesprochen, nein, es geht auch um 90 Millionen Euro Defizit, die es zu tragen gilt. Ich bin der Meinung, dass das viel zu viel Geld für die fragwürdige Realisierung einer neuen Altstadt ist, die unserer Meinung nach so nicht sinnvoll ist. Wenn dann manche von der neuen Seele sprechen, die da erwächst, glaube ich, werden wir diese Seele da nie finden, weil die Seele Frankfurts woanders ist, aber nicht in einer historisierten neuen Altstadt, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Ich komme zum Schluss, weil es auch schon halb neun ist. Sie vergessen, finde ich, in der ganzen Debatte viel zu oft, dass die sozialen Schichten auseinanderdriften. Herr Becker, ich fand Ihre Rede in den Ansätzen gut. Sie haben ein Gespür für diese sozialen Probleme. Nur, glaube ich, fehlt Ihnen dann das Durchsetzungsvermögen, auch wirklich die radikalen Schritte zu wagen. Weil es doch einerseits so ist, dass die Wohnhochhäuser in den Himmel wachsen, andererseits müssen viele Menschen die Stadt verlassen, weil es schlicht zu teuer ist.

Die Einkommen driften auseinander, das sehen wir doch alle, da müssen wir doch gegensteuern. Ich glaube, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, jetzt die soziale Spaltung zu bekämpfen, auch im Hinblick auf die Generationen, die nach uns in dieser Stadt leben wollen. Deswegen, finde ich, war es uns wichtig, dass man diese Debatte vor dem Hintergrund führt, wie wir die soziale Komponente verteidigen, und das werden wir in den anstehenden Haushaltsberatungen auch durchsetzen. Mit uns, mit der LINKEN, wird es keinen sozialen Kahlschlag in dieser Stadt geben, und wir werden die soziale Frage in den Beratungen stets anbringen.

Vielen Dank!

(Beifall)